

**Geschäftsstelle der UOKG**

## Presseerklärung

Berlin, 4. März 2011

In einem Brief an den Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei im Bundestag, Gregor Gysi, wies der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Rainer Wagner, auf den Skandal hin, dass 21 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung unwissenschaftlich erworbene akademische Titel aus der früheren DDR weiterhin geführt werden dürfen. Dies ist schwächlichen Kompromissen im eilig erstellten Einigungsvertrag geschuldet, der akademische Maßstäbe teilweise unberücksichtigt ließ.

Viele der Dokortitel aus DDR-Zeiten beruhen nicht auf akademischen Leistungen, die den jeweiligen Wissenschaftszweig voran brachten, sondern sind Auszeichnung für wissenschaftlich verbrämte kommunistische Propaganda oder gar menschenverachtende Machwerke, wenn sie an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam entstanden. Dort befasste man sich in Form wissenschaftlich unzulässiger Kollektivdissertationen mit der Ausarbeitung von Zersetzungsplänen gegen politisch missliebige DDR-Bürger.

UOKG-Bundesvorsitzender Rainer Wagner, der selbst Opfer der DDR-Unrechtsjustiz war, legte Gysi nahe, ein Zeichen zu setzen und seinen Dokortitel, den er für eine Arbeit unter dem Titel „Zur Vervollkommnung des sozialistischen Rechtes im Rechtsverwirklichungsprozess“ erhielt, abzulegen. Wagner erklärte dazu: „Schon Gysis Dissertationsthema lässt annehmen, dass eine solche Doktorarbeit zwar SED-konform war, aber die juristische Wissenschaft in keiner Weise befördert haben kann. Gysi würde mit dem Ablegen eines umstritten erworbenen Doktorgrades der akademischen Redlichkeit und der politischen Hygiene in Deutschland einen guten Dienst erweisen, was er ja auch zu Recht von Guttenberg erwartet hat“.